

# Kommunalwahl- programm 2026

**Ein Lüneburg für  
Alle!**

*Wahl am 13.9.*

**Die Linke**

KV Lüneburg

# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                               |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>1. Vorwort: Ein Lüneburg für Alle!</b>                                                     | 1  |
| <b>2. Wohnen für alle bezahlbar machen – Für eine sozial-ökologische Wohnungspolitik</b>      | 3  |
| 2.1 Bezahlbare Wohnungen bauen                                                                | 4  |
| 2.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen – Rechte von Mieter*innen stärken                 | 5  |
| 2.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden                                       | 5  |
| 2.4 Bedürfnisgerecht wohnen – Barrierefrei (um)bauen                                          | 6  |
| 2.5 Bodenspekulation stoppen – kommunale Planung sozial und klimagerecht                      | 7  |
| <b>3. Verkehr: Mit Bus, Bahn und Rad mobil sein können</b>                                    | 8  |
| 3.1 ÖPNV ausbauen und bezahlbar machen                                                        | 9  |
| 3.2 Rad- und Fußverkehr stärken                                                               | 9  |
| 3.3 Autoverkehr reduzieren                                                                    | 10 |
| <b>4. Klimagerechtigkeit: Sozial und ökologisch</b>                                           | 11 |
| 4.1 Erneuerbare Energien ausbauen, Kommunen stärken                                           | 12 |
| 4.2 Stadtgrün, Artenvielfalt und Wasserhaushalt                                               | 12 |
| 4.3 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz                                                  | 13 |
| 4.4 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen                                     | 13 |
| <b>5. Soziales: Gute Arbeit, Solidarische Orte</b>                                            | 15 |
| 5.1 Gute Arbeit, starke Mitbestimmung und solidarische Wirtschaft                             | 16 |
| 5.2 Drogenpolitik: Hilfe statt Strafe                                                         | 17 |
| 5.3 Öffentlicher Raum ist für alle da                                                         | 17 |
| 5.4 Sozialleistungen und Teilhabe sichern                                                     | 17 |
| <b>6. Bildung für alle: Von der Kita bis zur Weiterbildung</b>                                | 19 |
| 6.1 Frühkindliche Bildung gebührenfrei und bedarfsgerecht                                     | 20 |
| 6.2 Gerechte Voraussetzungen für alle: Bildung zugänglich machen                              | 20 |
| 6.3 Zukunftsorientiertes und lebenslanges Lernen: Partizipation und Weiterbildung ermöglichen | 21 |

# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                            |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>7. Nahversorgung für alle: Gesundheit und Daseinsvorsorge sichern</b>                   | <b>23</b> |
| 7.1 Gesundheitsversorgung und Pflege: wohnortnah, öffentlich, solidarisch                  | 24        |
| 7.2 Sorgearbeit sichtbar machen – pflegende Angehörige entlasten                           | 24        |
| 7.3 Geburtshilfe sichern                                                                   | 24        |
| 7.4 Öffentliche Infrastruktur statt Sparzwang: Kommunen handlungsfähig machen              | 25        |
| 7.5 Attraktive Innenstädte und lebenswerte Dörfer                                          | 26        |
| 7.6 Kultur und Ehrenamt erhalten, fördern und ausbauen                                     | 27        |
| <b>8. Gesellschaftlicher Zusammenhalt - solidarisch, gerecht, inklusiv</b>                 | <b>28</b> |
| 8.1 Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen stärken                                    | 29        |
| 8.2 Schutz vor sexualisierter Gewalt ist Pflicht – kein freiwilliges Extra                 | 30        |
| 8.3 Kampf dem Patriarchat: Feministische und queere Gleichstellung stärken                 | 31        |
| 8.4 Inklusion leben: Vollen Zugang für Menschen mit Behinderung                            | 31        |
| 8.5 Jugend nicht nur mitdenken, sondern anhören: Räume schaffen, Mitbestimmung ermöglichen | 32        |
| 8.6 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen                                    | 32        |
| 8.7 Digitale Souveränität stärken                                                          | 33        |
| <b>9. Nie wieder Krieg &amp; Faschismus – Erinnerung, Widerstand, Frieden</b>              | <b>35</b> |
| 9.1 Antifaschismus im Alltag stärken                                                       | 36        |
| 9.2 Erinnerungskultur ausbauen                                                             | 36        |
| 9.3 Kommunale Friedenspolitik fördern                                                      | 37        |
| 9.4 Betroffene rechter Gewalt schützen                                                     | 38        |

# **1. Vorwort: Ein Lüneburg für Alle!**

Stell dir vor, du steigst morgens in einen Bus, der wirklich fährt - egal ob in der Stadt, in Reppenstedt, Bleckede, Dahlenburg oder Amt Neuhaus. Du findest eine bezahlbare Wohnung in Lüneburg, ohne Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Niemand muss sich zwischen Heizen und Essen entscheiden. Dein Arbeitsplatz ist sicher. Schulen sind schöne Orte für Begegnung und gemeinsames, bedürfnisorientiertes Lernen. Im Feierabend fährst du über ausgebaute Fahrradstraßen. Arztpraxen, Pflege, Kultur und Begegnungsorte sind erreichbar und zugänglich für alle - nicht nur in den Zentren, sondern auch in den Dörfern. Stell dir vor, Lüneburg wäre eine Kommune, die für alle da ist. Auch für dich.

Doch die Realität sieht anders aus. Die Mieten steigen - in der Stadt genauso wie in vielen Gemeinden des Landkreises. Wohnungen werden als Spekulationsobjekte genutzt, während Menschen verzweifelt nach Wohnraum suchen. Busverbindungen fehlen oder werden ohne wirklich praktikable Alternative gekürzt. Viele junge Menschen verlassen ihre Dörfer, weil Infrastruktur verschwindet, Perspektiven fehlen oder rechte Gruppierungen sich breit machen. Öffentliche Einrichtungen bleiben unterfinanziert, während Beschäftigte wie Pflegekräfte und Erzieher\*innen am Limit arbeiten. Gleichzeitig verschwinden die Klimakrise und die soziale Ungleichheit in der öffentlichen Debatte - obwohl dringender Handlungsbedarf besteht, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern. Hitze und Unwetter, steigende Preise und unsichere Arbeitsverhältnisse treffen vor allem diejenigen, die ohnehin schon wenig haben.

Rechte Rhetorik versucht daraus Kapital zu schlagen, Menschen gegeneinander auszuspielen - Stadt gegen Land, Alte gegen Junge, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

Wir sagen: Das darf nicht so bleiben. Die Verhältnisse wurden gemacht - und können verändert werden. Die Linke Lüneburg kämpft für eine Kommune, die zusammenhält. Wir verfolgen eine Politik, die den Menschen gehört - nicht denen, die aus Krisen Profit schlagen.

- Wir kämpfen für eine **Kultur echter gelebter Demokratie** in Lüneburg - eine Demokratie, in der alle Menschen mitreden, mitgestalten und Verantwortung übernehmen können. Von Bleckede bis Amelinghausen, von der Stadt Lüneburg bis in die kleinsten Dörfer: Demokratie lebt dort, wo Menschen gemeinsam anpacken.
- Wir wollen eine bunte **Gesellschaft, in der für alle Platz ist**. Und zwar unabhängig von Herkunft, Einkommen, Sexualität, Hautfarbe oder Lebensrealität.
- Wir setzen uns für eine **gerechte Gesellschaft** ein, in der niemand davon profitiert, dass andere Menschen ausgebeutet werden - weil Ausbeutung in unserem Landkreis keinen Platz hat.
- Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir **alle ein bezahlbares Dach über dem Kopf** haben und in der das Geld bis zum Ende des Monats reicht.
- Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung überall **barrierefrei teilhaben** können - in der Stadt, im Dorf, im Kulturzentrum, im Bus, im Rathaus.
- Wir setzen uns für eine **klimagerechte Region** ein, in der Anlagen für erneuerbare Energiequellen beispielsweise nicht für Konzerngewinne gebaut werden, sondern für die Menschen vor Ort. Damit Energie nachhaltig und demokratisch organisiert wird und Einnahmen in lokale Projekte fließen - in Schulen, Kultur, Mobilität und soziale Infrastruktur.
- Wir wollen eine friedliche Gesellschaft, wo wir Konflikte demokratisch lösen und **Solidarität stärker ist als Gewalt**.

Dieses Wahlprogramm ist unser Plan für ein solidarisches, antifaschistisches und klimagerechtes Lüneburg - in der Stadt und im Landkreis. Aber Veränderung entsteht nicht im Rathaus oder Kreishaus allein. Sie entsteht dort, wo Menschen sich organisieren, widersprechen und gemeinsam kämpfen. Wählt daher am 13. September nicht nur die Linke, sondern werde mit uns und unseren Bündnispartner\*innen aktiv.

Gemeinsam für eine bessere Welt!

## **2. Wohnen für alle bezahlbar machen – Für eine sozial-ökologische Wohnungspolitik**

Gute, sichere und bezahlbare Wohnungen für alle sollten selbstverständlich sein. Doch in Lüneburg explodieren die Mieten, während Sozialwohnungen verschwinden und Menschen aus ihren Stadtteilen verdrängt werden. Auch im ländlichen Raum fehlt zunehmend bezahlbarer Wohnraum, der durch Profitinteressen (z. B. Tourismus, Leerstandsspekulation) verknappt wird. Ursache ist eine Politik, die Wohnungen privatisiert und dem Markt überlässt. Wir wollen das ändern: Wohnen ist ein Menschenrecht – keine Ware.

## 2.1 Bezahlbare Wohnungen bauen

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sind der beste Weg, dauerhaft günstige Wohnungen zu sichern. Ziel ist es, die öffentliche Hand zu stärken und den Wohnungsmarkt dem Profitinteresse zu entziehen.

### Unsere Forderungen:

- **Gemeinnützigen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau** erhalten und massiv ausbauen. Damit einhergehend eine nachhaltige Aufstockung der Mittel für den **sozial-ökologischen** Wohnungsbau.
- Ausbau der **Wohnraumförderung**.
- **Privatisierungen stoppen** und rückgängig machen: Rückkauf privatisierter Bestände über einen Re-Kommunalisierungsfonds.
- **Vonovia** in Lüneburg **enteignen** und in öffentliches Eigentum überführen.
- **Dauerhafte Sozialbindung** für alle neu gebauten und zurückgekauften Wohnungen.
- **Soziale Quoten** bei Neubauprojekten: mindestens 30 % geförderter Wohnraum, in wohlhabenden Stadtteilen bis zu 70 %.
- **Mieter\*innenbeteiligung** in kommunalen Gesellschaften, z. B. durch Drittelparität.
- Gründung einer **Kreissiedlungsgesellschaft**.
- Proaktive Bodenbevorratungspolitik nach dem Ulmer Modell.
- **Energetische Sanierung** ohne Mieterhöhung: Förderung für energetische Sanierung nur unter der Bedingung, dass die Gesamtwarmmiete nicht steigt.
- **Umbau statt Abriss**: Vorrang von Umbauten in Genehmigungsverfahren, Abriss darf nur unter sozial-ökologisch vorteilhaften Bedingungen stattfinden.

**Schon vom Einwohner\*innen-antrag gehört? Ruf mit uns den Mietennotstand aus!**

Unterschreib den Antrag jeden 2. und 4. Dienstag 17-19 Uhr im Parteibüro (Reichenbachstraße 2)

## 2.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen – Rechte von Mieter\*innen stärken

160.000 Wohnungen in Niedersachsen stehen leer, während Menschen keine Wohnung finden. Leerstand und Zweckentfremdung lohnen sich, weil falsche Anreize gesetzt werden. Unser Ziel ist es, Wohnraum zurück in Nutzung zu bringen und Mieter\*innen vor Ausbeutung zu schützen.

### Unsere Forderungen:

- Einführung einer jährlichen **Leerstandsabgabe** von 10 €/m<sup>2</sup> in angespannten Märkten.
- Einführung eines kommunalen **Leerstands- und Zweckentfremdungsregisters** zur Durchsetzung der Zweckentfremdungssatzung mit Meldepflicht für die Eigentümer.
- Die Menge an **touristisch** genutzten Wohnflächen, z.B. durch AirBnB **decken**.
- Förderung zur Eingliederung von leerstehenden Immobilien in gemeinwohlorientierte Nutzung.
- Konsequenter **gegen Mietwucher** vorgehen. Wohnungsämter personell ausstatten.
- Gegen eine ungerechte Umstrukturierung der Stadt: **Flächendeckender Milieuschutz** und ein qualifizierter Mietspiegel auf Basis von Bestandsmieten.
- Kostenfreie kommunale **Mietrechtsberatung** ausbauen.
- **Revitalisierung der Innenstädte**: Zwischennutzung und andere Formen der Nutzungsänderung fördern, z.B. durch umfassende Aktualisierung veralteter Bebauungspläne.

## 2.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden

In Lüneburg spitzt sich die Lage der Wohnungslosigkeit weiter zu. Stand September 2025 besaßen mehr als 600 Menschen in Lüneburg keine eigene Wohnung. Sie haben keinen Mietvertrag, kommen in Notunterkünften, bei Verwandten oder Freund\*innen unter oder leben auf der Straße. Jeden Studienbeginn verzweifeln und scheitern Studierende an der Wohnungssuche.

Dabei haben alle Menschen das Recht auf sicheren, bezahlbaren und guten Wohnraum. Ziel ist, Wohnungslosigkeit zu verhindern und allen Menschen ein sicheres Zuhause zu garantieren.

### **Unsere Forderungen:**

- **Housing-First**-Projekte im Landkreis etablieren.
- **Kommunale Fonds** einrichten, um drohende Zwangsräumungen zu verhindern.
- Verbot von **Energiesperren** und ein Moratorium für **Zwangsräumungen** in sozialen Notlagen.
- Kommunale Fachstellen für **Wohnraumsicherung** personell und finanziell stärken.
- **Notunterkünfte** verbessern: Fachpersonal, Rückzugsräume für FLINTA\*, Jugendliche und queere Menschen, Zugang für Menschen ohne Papiere.
- Niedrigschwellige, aufsuchende **Beratung** sowie medizinische Versorgung.
- **Mitbestimmung** wohnungsloser Menschen bei der Gestaltung von Unterkünften sicherstellen.
- Menschenfeindliche Vertreibungsmaßnahmen und Architektur im öffentlichen Raum beenden.

## **2.4 Bedürfnisgerecht wohnen – Barrierefrei (um)bauen**

Wer alt oder pflegebedürftig ist, ist oft dazu gezwungen, den vertrauten Wohnraum zu wechseln. Wohnraum muss an Lebensrealitäten anpassbar sein. Unser Ziel ist eine Baupolitik, die Inklusion, Barrierefreiheit und gemeinschaftliche Wohnformen selbstverständlich macht.

### **Unsere Forderungen:**

- Neubau und Sanierung kommunaler Wohnungen barrierefrei gestalten.
- Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt fördern.
- Aufsuchende Wohnraumberatung für Senior\*innen und Menschen mit Behinderung.
- Finanzielle Unterstützung für barrierefreien Umbau ausweiten.
- Förderprogramme für den altersgerechten Umbau und freiwilligen Wohnungstausch („Alt gegen Jung“) einführen.

## 2.5 Bodenspekulation stoppen – kommunale Planung sozial und klimagerecht

Boden darf nicht länger ein Spekulationsobjekt für private Profiteure sein. Das treibt Preise und verschärft Ungleichheiten. Kommunen müssen die Hoheit über Grund und Boden zurückerlangen. Unser Ziel ist eine Bodenpolitik, die Gemeinwohl, Klima und soziale Infrastruktur sichert.

### Unsere Forderungen:

- **Kommunale Bodenfonds** einrichten, um Flächen in öffentliches Eigentum (zurück) zu holen.
- Schutz vor Spekulation: Grundstücke nur noch per **Erbpacht** vergeben, nicht verkaufen. Dazu Festschreibung von **klimapolitischen Mindeststandards** beim Neubau in den Erbbaurechtsverträgen. Erbpacht mit **sozial gerechterem Berechnungsmodell** umsetzen, z.B. durch Kappungsgrenzen.
- **Wertsteigerungen** von Boden abschöpfen.
- Wohnungspolitik und **Nahversorgung** zusammendenken: Neubaugebiete mit sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Nahverkehr, Grünflächen) planen. Anbindung gerade in ländlichen Gebieten verfolgen.
- **Mietendeckel** für Gewerbeflächen, v.a. in der Innenstadt einführen.
- Nicht-profitorientierte Wohnungsunternehmen von der **Grundsteuer** befreien.
- Grundsteuer-Umlage auf Mieter\*innen abschaffen.
- Grundsteuer C wieder einführen, um spekulativen Leerstand unbebauter Grundstücke zu verhindern.
- **Recht auf Stadt**: Mit Beteiligungsformaten gemeinsame Entscheidungen ermöglichen.
- Neubauten von kommunalen Gebäuden in **klimaneutraler** oder **klimapositiver** Bauweise. Energetische und klimagerechte Sanierung bestehender kommunaler Bauten.
- Unterstützung von Bevölkerung und Unternehmen bei der **klimagerechten energetischen Sanierung** durch kommunale Beratungen, u.a. über Klimaschutzbüros und kommunale Förderprogramme.

# 3. Verkehr: Mit Bus, Bahn und Rad mobil sein können

Mobilität ist öffentliche Daseinsvorsorge. Alle Menschen in Lüneburg und Umgebung müssen sich sicher, klimafreundlich und bezahlbar fortbewegen können. Dafür braucht es eine echte Verkehrswende: mehr Investitionen in Bus und Bahn, sichere Rad- und Fußwege sowie eine bessere Anbindung des Umlands und der Dörfer. Die überlastete Bahnstrecke Hamburg–Hannover muss entlastet werden, durch einen Ausbau der Schiene statt weiterer Autobahnprojekte. Deshalb lehnen wir den Weiterbau der A39 ab. Statt Milliarden in neue Autobahnen zu investieren, müssen öffentliche Mittel in Bus, Bahn sowie sichere Rad- und Fußwege fließen.

### 3.1 ÖPNV ausbauen und bezahlbar machen

Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ist Voraussetzung für soziale Teilhabe und eine erfolgreiche Verkehrswende. Bus und Bahn müssen zuverlässig, bezahlbar und für alle Menschen erreichbar sein, in der Stadt ebenso wie auf dem Land. Dazu gehören bessere Taktungen, eine stärkere Anbindung der Ortsteile und ein Nahverkehr, der sich am Alltag der Menschen orientiert.

#### Unsere Forderungen:

- Einführung eines perspektivisch **kostenlosen Nahverkehrs**.
- Kurzfristig: deutlich vergünstigtes **Sozialticket**.
- **Dichtere Taktung**, besonders abends und am Wochenende. Eine Verbindung passend zur täglichen Schließung der Bibliothek an der Universität.
- **Bessere Anbindung** der Ortsteile untereinander und nach Lüneburg, sowie eine bessere Verbindung an das Umland.
- Eine neue **Fähre** für die Anbindung von Amt Neuhaus.
- Einsatz für einen sicheren, alltagstauglichen Schienenersatzverkehr, bei den Sanierungen der Trassen.
- **Barrierefreie** Infrastruktur des Nahverkehrs in der Stadt und im Landkreis.
- Stillgelegte Haltestellen reaktivieren, um ländliche Orte anzubinden.

### 3.2 Rad- und Fußverkehr stärken

Lüneburg muss sicherer und lebenswerter für Menschen werden, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Gute barrierefreie Rad- und Fußwege schaffen nicht nur klimafreundliche Mobilität, sondern erhöhen auch die Lebensqualität und Verkehrssicherheit, besonders für Kinder und ältere Menschen.

#### Unsere Forderungen:

- Ausbau sicherer, durchgängiger **Radwege**.
- Genug **Ausleuchtung** von Fußwegen bei Nacht.
- Ausbau des **StadtRad**-Systems.
- Weitreichende Sperrung des Innenstadtbereichs für den motorisierten **Individualverkehr**, parallel zum Ausbau des ÖPNV.

- Sichere **Schulwege** konsequent umsetzen.
- **Barrierefreiheit** in der Innenstadt ausbauen: abgesenkte Bordsteine, taktile Leitsysteme, breite Gehwege mit Alternativen zum Kopfsteinpflaster.
- Umsetzung bereits erfolgter Planung durch **Radentscheid** und **Radverkehrsstrategie**.

### 3.3 Autoverkehr reduzieren

Der öffentliche Raum in Lüneburg ist begrenzt. Um die Innenstadt nachhaltig zu gestalten, sollte die Stadtplanung nicht pauschal am Auto ausgerichtet werden, sondern die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen weniger Durchgangsverkehr, geringere Geschwindigkeiten und eine Umverteilung von Flächen. Damit schaffen wir mehr Sicherheit, weniger Lärm und bessere Luft in der Stadt. Ziel ist eine lebenswerte Innenstadt und ruhige Quartiere, in denen Aufenthaltsqualität und nachhaltige Mobilität im Vordergrund stehen.

#### Unsere Forderungen:

- Eine **30er-Zone** in der kompletten Innenstadt, um Unfällen vorzubeugen und die Lärm- sowie Feinstaubbelastung zu verringern.
- **Durchgangsverkehr** verringern.
- Einwohner\*innen-**Beteiligung** bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen.
- **Kommunalisierung** der privaten Innenstadtparkhäuser: Parken als Stadt mit einem Parkleitsystem steuern.
- Ausbau von Fahrradparkhäusern und **Fahrradstellplätzen**.
- **Verkehrsberuhigte** Quartiere schaffen.
- Ausbau von **Carsharing**- und **Lastenradsharing**- Angeboten.
- Umsetzung des städtischen Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (**NUMP**).

## 4. Klimagerechtigkeit: Sozial und ökologisch

Die Klimakrise ist längst sozial-ökologische Realität. Besonders Menschen mit geringem Einkommen leiden unter Hitze, steigenden Kosten und den Folgen von Umweltzerstörung, während große Konzerne weiterhin Profite auf Kosten von Mensch und Natur machen. Wir wollen eine sozial gerechte und naturverträgliche Klimapolitik, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt.

## 4.1 Erneuerbare Energien ausbauen, Kommunen stärken

Es braucht eine dezentrale Energiewende in kommunaler und genossenschaftlicher Hand, öffentlich kontrolliert und demokratisch organisiert. Einnahmen aus lokaler Energieproduktion müssen den Menschen vor Ort zugutekommen: durch günstige Tarife, bessere kommunale Leistungen und Investitionen in Klimaresilienz.

### Unsere Forderungen:

- Energieversorgung in **öffentliche Hand** überführen.
- Ausbau von Wind- und Solarenergie mit Bürger\*innen- und **Kommunalbeteiligung**.
- Photovoltaik auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden verpflichtend.
- Nutzung von Dächern und Fassaden vor **Neuversiegelung** von Freiflächen.
- Keine neuen fossilen Infrastrukturprojekte.
- Verbot von **Stromsperrern**.
- Ausbau des **Fernwärmenetzes**, wo möglich und sinnvoll. Ansonsten Ausbau von **Wärmepumpen**.
- Nutzung der **Abwärme** von Industrieanlagen, Abfallbehandlungsanlagen und Rechenzentren als Nah- bzw. Fernwärme.

## 4.2 Stadtgrün, Artenvielfalt und Wasserhaushalt

Flächenversiegelung, profitorientierte Bauprojekte und intensive Nutzung verdrängen zunehmend Artenvielfalt und zerstören natürliche Rückzugsräume. Wir setzen uns für eine ökologische Stadt- und Regionalentwicklung ein, die Biodiversität schützt, Stadtgrün erhält und ausbaut, sowie Naturflächen langfristig bewahrt. Denn eine lebenswerte Stadt braucht saubere Luft, gesunde Ökosysteme und öffentliche Grünflächen für alle.

### Unsere Forderungen:

- Grünflächen erhalten und ausbauen, "**Schwammstadt**" als Vorbild nehmen. Zum Beispiel durch Regenwassernutzung, Entsiegelung und Retentionsflächen.
- Flächen **entsiegeln** und flächensparende Bauleitplanung.

- **Begrünung** öffentlicher Flächen, Dachbegrünungen verpflichtend, Baumschutzsatzungen einführen.
- **Maßnahmen gegen Hitze** vornehmen, wie Trinkwasserbrunnen, Schattenplätze.
- Naturnahe Grünflächen in Wohnquartieren und an Bildungseinrichtungen fördern.
- Umsetzung des Niedersächsischen Verbots von **Schottergärten** in der Kommune, Umsetzung in Bauordnungen.
- **Schutz** von Biotopen, Gewässern und Kulturlandschaften.
- **Wasser als öffentliches Gut** sichern – keine Privatisierung.

### 4.3 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz

Landwirtschaft und Ernährung dürfen nicht von Konzerninteressen bestimmt werden. Wir setzen uns für eine regionale, nachhaltige und sozial gerechte Landwirtschaft ein, die kleine und mittlere Betriebe stärkt, Tiere schützt und gesunde Lebensmittel für alle ermöglicht. Gute Ernährung, faire Bedingungen und ein verantwortungsvoller Umgang mit Natur und Ressourcen gehören für uns zusammen.

#### Unsere Forderungen:

- Keine kommunale Unterstützung für neue **Mastbetriebe** und **Schlachthöfe**.
- Förderung **ökologischer** Betriebe und **regionaler** Vermarktung.
- Kommunale Ernährungsstrategien: bio, regional, saisonal und tierfreundlich in **Schulen** und **Kantinen**.
- Unterstützung für bäuerliche Betriebe im **Preisdruck** der Agrarindustrie.
- Förderung **klimaresilienter Landwirtschaft** mit vielfältigen Sorten.

### 4.4 Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung voranbringen

Wegwerfproduktion und Ressourcenverschwendung belasten Umwelt und Gesellschaft, während wenige Großkonzerne daran verdienen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft ein, die Abfälle vermeidet, Ressourcen schont und Wiederverwendung stärkt. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss dabei vor Profitinteressen stehen.

## Unsere Forderungen:

- Unterstützung von **Repair-Cafés**, **Umsonstläden** und **Tauschinitiativen**.
- Kommunale Programme zur **Abfallvermeidung**, **Foodsharing** und die **Tafel** fördern.
- Einen **festen, besetzten Fairteiler**<sup>1</sup> in der Innenstadt aufbauen, der auch spätabends noch erreichbar ist.
- Wertstoffhöfe engmaschig ausbauen, **Container** fußläufig aufstellen.
- Nachhaltige kommunale Beschaffung nach **Kreislaufprinzip**.

<sup>1</sup> Orte, zu denen alle Menschen Lebensmittel und mehr bringen und von dort kostenlos abholen dürfen.

## 5. Soziales: Gute Arbeit, Solidarische Orte

Soziale Gerechtigkeit entscheidet darüber, ob eine Stadt für alle Menschen lebenswert ist oder nur für diejenigen, die es sich leisten können. In Lüneburg zeigen sich soziale Ungleichheiten in vielen Bereichen: bei der Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe und im Umgang mit Armut und Sucht. Wir setzen uns dafür ein, dass Würde, Solidarität und Zugang zu guter Arbeit und Unterstützung nicht vom Geldbeutel abhängen. Dazu gehört auch eine Arbeitswelt, die nicht auf Ausbeutung, Outsourcing und Prekarität basiert, sondern auf fairen Löhnen, sicheren Beschäftigungen und echter Mitbestimmung.

## 5.1 Gute Arbeit, starke Mitbestimmung und solidarische Wirtschaft

Sichere Beschäftigung, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind Voraussetzungen für soziale Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen Outsourcing, Tariffucht und prekärer Beschäftigung in Lüneburg etwas entgegen setzen. Ziel linker Arbeitsmarktpolitik ist es, Beschäftigte zu stärken, die Zukunft von Arbeitnehmer\*innen in der Kommune zu sichern und demokratische Mitbestimmung auszubauen.

### Unsere Forderungen:

- **Einheitliche Tarifstandards** bei der kommunalen Busgesellschaft MOIN: Keine Spaltung der Beschäftigten durch Subunternehmen, gleiche Arbeitsbedingungen für alle Fahrer\*innen sowie schrittweise Rückführung ausgelagerter Bereiche in kommunale Hand.
- **Sanitäranlagenbau** für die Mitarbeitenden des öffentlichen Nahverkehrs und jede weitere Berufsgruppe, die größtenteils auf der Straße unterwegs ist, wie z.B. Stadtwerke, Straßenreinigung, etc.
- **Ausgründung und Outsourcing stoppen:** Öffentliche Gelder und kommunale Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen mit Mitbestimmung und guten Arbeitsbedingungen vergeben.
- **Geflüchtete** dürfen nicht als Billigarbeitskräfte ausgebeutet werden - gleiche Rechte und Bezahlung für alle.
- Entlastung für Beschäftigte in **Verwaltungen**, mehr Personal statt Arbeitsverdichtung.
- Eine vorausschauende **Personalentwicklungsplanung** in Kommunalverwaltungen und kommunalen Unternehmen.
- Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftlicher **Mitbestimmung**.
- Kommunale **Ausbildungs-** und **Beschäftigungsoffensive** gegen Fachkräftemangel und Jugendarbeitslosigkeit.
- **Transformationsrat** für die Region: Gründung eines Gremiums aus Gewerkschaften, Stadt und Unternehmen, um den Strukturwandel sozial-ökologisch zu steuern und Massenentlassungen durch Umschulungsprogramme zu verhindern.
- Gründung von **Genossenschaften** insolvenzgefährdeter Unternehmen und kollektive Übernahme durch die Belegschaften fördern.

## 5.2 Drogenpolitik: Hilfe statt Strafe

Der Umgang mit Drogenkonsum ist vor allem eine soziale und gesundheitliche Frage. Statt Kriminalisierung und Verdrängung setzen wir auf Unterstützung, Prävention und menschenwürdige Hilfsangebote, die Betroffenen tatsächlich helfen und den öffentlichen Raum entlasten. Wir wollen langfristige Lösungen statt menschenfeindlicher, kurzfristiger Symbolpolitik.

### Unsere Forderungen:

- Ausbau von **Beratungs-** und **Hilfsangeboten**.
- Einrichtung von **Drogenkonsumräumen** (im rechtlichen Rahmen).
- Mehr **Streetwork** und aufsuchende Sozialarbeit.
- **Entkriminalisierung** von Konsument\*innen unterstützen.
- **Prävention** statt Repression: Alkoholverbote abschaffen und stattdessen niedrigschwellige Hilfsangebote anbieten, um statt Verdrängung einen sozialen Umgang zu finden.
- **Aufklärungskampagnen** in Schulen, Vereinen und Jugendzentren.
- Ausbau kommunaler **Anlaufstellen** zur Suchtberatung und Substitution.
- Möglichkeit zur **Substananalyse** ("Drug-Checking").

## 5.3 Öffentlicher Raum ist für alle da

Der öffentliche Raum gehört allen Menschen, unabhängig von Einkommen oder Lebenssituation. Er darf nicht nach Konsumlogik oder Verdrängungspolitik organisiert werden, sondern muss Aufenthaltsorte, Schutz und Teilhabe für alle ermöglichen.

### Unsere Forderungen:

- Entlastung des öffentlichen Raumes: mehr zugängliche **Aufenthaltsorte** ohne Konsumzwang, anstelle von Vertreibung von Wohnungslosen aus der Innenstadt.
- Kostenlose und ausreichende **öffentliche Toiletten**.
- **Keine Privatisierung** und Ausbau öffentlicher Flächen.
- Öffentliche Räume mehr für **soziale und kulturelle Angebote** nutzen.

## 5.4 Sozialleistungen und Teilhabe sichern

Soziale Sicherheit ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Niemand darf durch Bürokratie, Armut oder fehlende Angebote

ausgeschlossen werden. Deshalb braucht es leicht zugängliche Unterstützung und eine starke soziale Infrastruktur in der Kommune.

### **Unsere Forderungen:**

- **Unbürokratischer** Zugang zu Sozialleistungen.
- **Ausbau** von Beratungsangeboten für Sozialleistungen und gesellschaftliche Inklusion.
- **Kostenfreie** oder stark vergünstigte Angebote für **Kinder** und **Jugendliche**.
- Stärkung der **Unterstützung** für **Alleinerziehende** und **ältere** Menschen.
- Ausbau eines **kommunalen Sozialpasses**: Kostenlose Teilhabe an Kultur, Sport und Bildung für einkommensschwache Haushalte.
- Mehr Personal in sozialen Einrichtungen.

# 6. Bildung für alle: Von der Kita bis zur Weiterbildung

Gute Bildung darf nicht von individuellen Voraussetzungen abhängen. Ziel ist ein inklusives, demokratisches und kostenfreies Bildungssystem, das allen Menschen im Landkreis die gleichen Chancen eröffnet – von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen.

## 6.1 Frühkindliche Bildung gebührenfrei und bedarfsgerecht

Für Sprachentwicklung, soziale Teilhabe und Bildungserfolg ist frühkindliche Bildung entscheidend. Wir wollen in den Kommunen Sorge tragen, eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und gebührenfreie Kinderbetreuung mit guten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter\*innen zu schaffen.

### Unsere Forderungen:

- Bedarfsgerechter **Ausbau und Haltung von Kitas** und **Ganztagsangeboten** in allen Gemeinden des Landkreises, statt Wartelisten und Notlösungen.
- Erhöhung der **Verfügungszeiten** pro Kita-Fachkraft für die Reflektion und Planung von pädagogischen Angeboten.
- **Echte Beitragsfreiheit** für alle Kinder in den frühkindlichen Betreuungseinrichtungen.
- Zusätzliche Planstellen für die Unterstützung von Auszubildenden in PiA - **Praxisintegrierte Ausbildung** und für angeworbene Kolleg\*innen aus dem Ausland.

## 6.2 Gerechte Voraussetzungen für alle: Bildung zugänglich machen

Bildung entscheidet über die Chancen jedes Einzelnen - und über die Entwicklung unserer Regionen. Die Kommunen sind Schulträger, die die Gebäude, Ausstattung, digitale Netze, Schüler\*innenbeförderung und Ganztagsstruktur verantworten. Doch viele finanzschwache Kommunen können diese Aufgabe kaum noch erfüllen. Das ist ein Problem, das auch überregional thematisiert werden muss. Unser Ziel: Schulen als Lern- und Lebensorte, die modern, gerecht und offen für alle Kinder sind.

### Unsere Forderungen:

- **Kostenloses, gesundes und regionales Mittagessen** in Kitas und Schulen.
- Verlässliche Kindergarten- und Schulstandorte im ländlichen Raum sichern, **keine stillen Schließungen** durch Ausdünnung.
- **Kostenfreie Lernmittel** und digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen. Übernahme der Kosten durch die Schulträger.
- Bessere **ÖPNV-Anbindung** von Schulen, auch aus Ortsteilen und Nachbargemeinden.

- Kommunale **Sanierungsprogramme** für sichere, moderne, bedarfsgerechte und klimafreundliche Schulen als Lebens- und Lernorte.
- Kostenfreie, einheitliche **Schüler\*innenbeförderung** im Primär, Sekundarbereich I und II, sowie in der schulischen Ausbildung. Entwicklung des Schultickets hin zum Deutschlandticket.
- Dezentrale **Berufsschulstandorte** zur Stärkung des ländlichen Raums.
- **Schulsozialarbeit** landkreisweit ausbauen, insbesondere an kleinen Schulstandorten.
- Wir geben kein Kind auf: Pädagogische Maßnahmen und **Begleitangebote** gegen Schulabsentismus und Schulverweigerung.
- **Mehrsprachigkeit** und **interkulturelle Projekte** an Bildungseinrichtungen fördern.
- Baulich, digital und sozial **barrierefreie Schulen**, z.B. durch Aufzüge, Rampen, Induktionsanlagen, Leitsysteme, Ruhe- und Pflegeräume.
- Flächendeckend **inklusive Beschulung** ermöglichen statt Förderschulen.
- **Dolmetsch-** und **Traumahilfen** für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung.
- Kommunal finanzierte **mobile Beratungsteams** für den ländlichen Raum.

## 6.3 Zukunftsorientiertes und lebenslanges Lernen: Partizipation und Weiterbildung ermöglichen

Demokratie und Inklusion lernen wir, indem wir sie praktizieren. Schulen brauchen verlässliche Beteiligungsrechte und Budgets für Schüler\*innen. Kommunen können Mitspracherechte verankern. Wer mitbestimmt, übernimmt Verantwortung, organisiert sich und identifiziert sich. Gleichzeitig ermöglicht lebenslanges, flächendeckendes Lernen, die Gesellschaft zu stärken und neue Kenntnisse aufzubauen. Unser Ziel sind kostenfreie und kostengünstige Bildungs- und Gemeinschaftsangebote für jedes Alter.

## Unsere Forderungen:

- Stärkung der **Volkshochschule** und **außerschulischer Bildungsorte**, auch in Dörfern: VHS-Außenstellen, Fahrbibliotheken, mobile und digitale Lernzentren.
- VHS-**Grundfinanzierung** durch die kommunalen Träger erhöhen.
- **Bibliotheken** als Dritte Orte: Geräteverleih ausbauen, längere Öffnungszeiten, Sonntagsöffnung, Kreativräume.
- Soziokulturelle Zentren und **kommunale Freizeitheime** errichten und/oder ausbauen.
- Angebote für **nachhaltige Bildung** ausbauen.
- Bildungsangebote zu **Demokratie, Antifaschismus** und **Medienkompetenz** ausbauen.
- Stärkung von **Schüler\*innen-** und **Elternvertretungen** in den kommunalen Ausschüssen.
- Einführung von **Schüler\*innenbudgets** für eigene Projekte.
- **Streikrecht** für Schüler\*innen einführen: Schulen sollen als Orte der Demokratiebildung Protest nicht unterbinden, sondern den Diskurs darüber fördern.
- Einführung eines **Stimmrechts für Schüler\*innenvertretungen** in allen schulpolitischen Entscheidungen und Gremien.
- Investitionen in die **Weiterbildung** und Ausbildung von Fachkräften, z.B. zu Queerness, Antirassismus, Umgang mit Menschen mit Behinderung.
- Etablierung eines **mehrdimensionalen Klassenmanagements**.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Lehransatz nach der Jugendhilfe Baumhaus, der Klassendynamiken, positive Verhaltensentwicklung und individuelle Lernförderungen zusammendenkt. Dafür liefert der Ansatz spezifische Methoden.

# 7. Nahversorgung für alle: Gesundheit und Daseinsvorsorge sichern

Gute Lebensbedingungen dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Ob in Lüneburg, Bleckede, Dahlenburg, Amt Neuhaus, Kirchgellersen oder in kleineren Dörfern: Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Infrastruktur sind zentrale Voraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe. Doch genau diese geraten unter Druck – durch Unterfinanzierung, Privatisierung und eine Politik, die ländliche Räume systematisch vernachlässigt. Ziel ist eine starke kommunale Daseinsvorsorge, die Stadt und Land verbindet, Wege verkürzt und allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht.

## 7.1 Gesundheitsversorgung und Pflege: wohnortnah, öffentlich, solidarisch

Gesundheit darf keine Frage von Einkommen oder Postleitzahl sein. Im Landkreis Lüneburg zeigt sich der Pflegenotstand besonders deutlich: lange Wege, fehlende Hausärzt\*innen, überlastetes Personal.

### Unsere Forderungen:

- Sicherung und Ausbau der **hausärztlichen** und **fachärztlichen Versorgung** im ländlichen Raum, z. B. durch kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ).
- **Mobile Gesundheitsangebote** (z. B. rollende Arztpraxen, Beratungsbusse) insbesondere für abgelegene Ortsteile.
- Landkreisweite **Pflegebedarfsplanung**, die auch kleine Gemeinden berücksichtigt.
- Förderung **kommunaler** und **gemeinnütziger Pflegestrukturen** statt profitorientierter Anbieter.
- Gute **Arbeitsbedingungen** in Pflege und Gesundheit: tarifliche Bezahlung, Mitbestimmung, Entlastung, familienfreundliche Schichtmodelle.
- Ausbau **psychosozialer Beratungsangebote**, auch für Kinder, Jugendliche und pflegende Angehörige.
- Erhalt und Förderung **kommunaler Krankenhäuser** und **Pflegeeinrichtungen**.
- **Queere** Versorgung berücksichtigen (PrEP, HRT,<sup>3</sup> Psychotherapie etc.).
- Einsatz für die **Ausfinanzierung** des Gesundheitssystems statt Geld für Kriegstüchtigkeit.
- Mehr **Therapieplätze** durch Förderung von Niederlassungen und Weiterbildung.
- Wiedereinführung eines kommunalen **Krisenteams** mit 24/7-Erreichbarkeit.

## 7.3 Sorgearbeit sichtbar machen – pflegende Angehörige entlasten

Die Arbeitsteilung bei Pflege, Kinderbetreuung und Fürsorge ist oft anhand von Geschlechterbildern aufgeteilt. Der Landkreis ist zuständig für Pflegeplanung, Jugendhilfe und soziale Dienste –

3 PrEP=Präventionmedikament gegen HIV-Infektionen; HRT = Hormonersatztherapie

und muss diese Verantwortung gerecht gestalten. Ziel ist eine Sorgopolitik, die Privatpersonen entlastet.

### **Unsere Forderungen:**

- Ausbau von **Beratungs-** und **Entlastungsangeboten** für pflegende Angehörige.
- Stärkung **ambulanter** Pflegeangebote und **Tagespflege** insbesondere im ländlichen Raum.
- Verlässliche **Kinderbetreuungsangebote**, die sich an den realen Arbeitszeiten orientieren (auch Randzeiten).
- **Kostenfreie** oder stark vergünstigte **Angebote** für Familien mit geringem Einkommen.

## **7.3 Geburtshilfe sichern**

Hebammen und werdende Eltern leiden unter steigendem Druck im Gesundheitswesen. Die Verwirtschaftlichung gefährdet eine flächendeckende und würdevolle Versorgung rund um die Geburt. Wir setzen uns für eine wohnortnahe Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsortes ein, unabhängig von Wohnort und Einkommen.

### **Unsere Forderungen:**

- Flächendeckende geburtshilfliche Versorgung sichern, gegen **Kreißsaalschließungen**.
- Gewalt in der Geburtshilfe vorbeugen durch **Personalbemessung** und **Fortbildung**.
- Kommunale Unterstützung für **Hebammen** - finanziell und strukturell.
- Zugang zu **legalen Schwangerschaftsabbrüchen** in allen Regionen.
- Verankerung von Schwangerschaftsabbrüchen in der medizinischen **Ausbildung**.
- **Kliniken verpflichten**, Schwangerschaftsabbrüche zu ermöglichen.
- **Kommunale Informationsangebote** über Beratungsstellen und medizinische Hilfe.

## 7.4 Öffentliche Infrastruktur statt Sparzwang: Kommunen handlungsfähig machen

Fast alle Gemeinden im Landkreis sind strukturell unterfinanziert. Das führt zu Kürzungen bei freiwilligen Leistungen, also genau dort, wo Lebensqualität entsteht.

### Unsere Forderungen:

- Einsatz des Landkreises gegenüber Land Niedersachsen und Bund für eine **auskömmliche Kommunalfinanzierung**.
- **Keine weiteren Privatisierungen** kommunaler Einrichtungen.
- **Lüneburg werbefrei**: Keine Werbung in der Innenstadt.
- **Gewerbesteuerhebesätze angleichen**, um „Steuroasen“ zwischen Kommunen zu verhindern.
- **Vorrang** für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gleichstellungs- und Teilhabeprojekte **im Haushalt**.
- Fester Anteil kommunaler Haushalte als **Bürger\*innenhaushalt**.

## 7.5 Attraktive Innenstädte und lebenswerte Dörfer

Innenstädte und Dorfzentren sollten Räume der Begegnung und des gemeinschaftlichen Lebens sein. Doch vielerorts verschwinden Treffpunkte oder werden von Konsum abhängig gemacht. Für uns gilt: Öffentliche Räume gehören allen. Deshalb setzen wir auf niedrigschwellige Orte und Initiativen, bei denen Menschen zusammenkommen können.

### Unsere Forderungen:

- Kommunale Konzepte für Innenstädte ohne Konsumzwang: **Plätze, Parks, Räume für Begegnung**.
- Ausbau **frei zugänglicher Angebote** wie Sportplätze, Skate- oder Bewegungsparks.
- **Innenstädtische Freiräume** für Menschen verschiedener Generationen schaffen und erhalten.
- Unterstützung für Projekte, die **Dorfläden** oder **Genossenschaften** betreiben.
- **Beteiligung** von Bürger\*innen an der Gestaltung von **Stadtzentren** und **Dorfplätzen**.

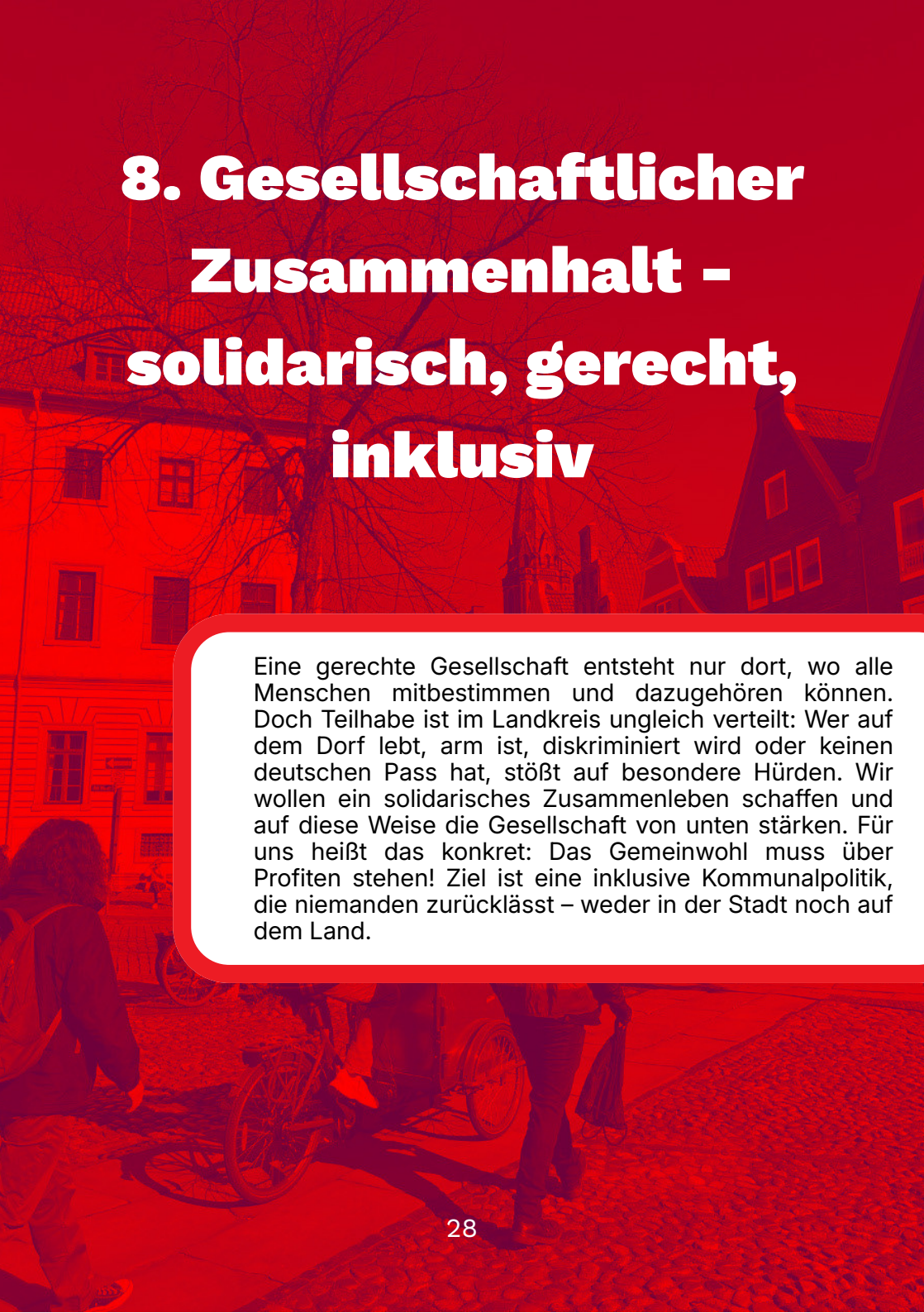
- Infrastruktur, Nahversorgung und Kultur **nicht dem Ehrenengagement überlassen**: Steuerung und Finanzierung durch die Kommune.
- Ausweitung der **kommunalen Beratung zur Projektförderung** (Mittel aus Landes-, Bundes- und Europa-Fördertöpfen).
- **Begegnungsstätten** für Menschen aller Generationen.
- Öffentliche Räume als Orte der Begegnung erhalten, auch jenseits der Stadt Lüneburg.
- **Eine Plattform** für Nachbarschaftsvernetzung und -austausch statt Messenger-Chaos.

## 7.6 Kultur und Ehrenamt erhalten, fördern und ausbauen

Lüneburg lebt von einem unglaublich breiten Kultur- und Ehrenamtsangebot. Doch an vielen Stellen fehlt es an Planungssicherheit, Finanzierung und öffentlicher Unterstützung. Wir fordern nicht nur symbolische Wertschätzung, sondern auch langfristige Finanzierung, gute Infrastruktur und politische Rahmenbedingungen, die Ehrenamt ermöglichen statt zu erschweren.

### Unsere Forderungen:

- Umsetzung und Finanzierung der bereits existierenden **Engagement-Strategie**.
- Finanzierungssicherheit für **Theater** und **Orchester** (wieder-)herstellen.
- Sicherstellung und Ausbau von **dörflicher Infrastruktur**: Finanzierung von Vereinen, Feuerwehren, regionalen Kultur- und Geschichtsprojekten, Begegnungs- und Bildungszentren, sowie regionalen Parks und Naturschutzgebieten.
- **Bürger\*innenräte** verbindlich einführen, z.B. Stadtteilversammlungen.
- Stärkung **freier Kulturinitiativen, Vereine** und **soziokultureller Zentren** im gesamten Landkreis.
- Erstellung eines transparenten **Sanierungsfahrplans** für marode Sporthallen und Außensportanlagen.
- Wertschätzung durch **Planungssicherheit**: Verlässliche und langfristige Förderung von Ehrenamt und Kultur, auch ohne Zweckbindung zur Ermöglichung des Tagesgeschäfts.
- **Zentralisierte Ehrenamtsplattform** zum Einreichen und zur Übersicht von Veranstaltungen, Terminen und Angeboten.

The background of the slide is a photograph of a European town street. In the foreground, a person is riding a bicycle on a cobblestone path. The street is lined with historic buildings, including a prominent yellow building with many windows on the left and a dark building with a gabled roof on the right. Bare trees are visible in the background, suggesting a cooler season. The overall atmosphere is that of a quiet, historic town.

# **8. Gesellschaftlicher Zusammenhalt - solidarisch, gerecht, inklusiv**

Eine gerechte Gesellschaft entsteht nur dort, wo alle Menschen mitbestimmen und dazugehören können. Doch Teilhabe ist im Landkreis ungleich verteilt: Wer auf dem Dorf lebt, arm ist, diskriminiert wird oder keinen deutschen Pass hat, stößt auf besondere Hürden. Wir wollen ein solidarisches Zusammenleben schaffen und auf diese Weise die Gesellschaft von unten stärken. Für uns heißt das konkret: Das Gemeinwohl muss über Profiten stehen! Ziel ist eine inklusive Kommunalpolitik, die niemanden zurücklässt – weder in der Stadt noch auf dem Land.

## 8.1 Teilhabe von Geflüchteten und Migrant\*innen stärken

Viele Menschen, ob vor Krieg und Not geflüchtet oder nicht, bleiben von Unsicherheit, prekären Aufenthaltstiteln und strukturellem Rassismus betroffen. Ihre Zugänge zu Arbeit, Bildung, Sprache und politischer Mitbestimmung werden eingeschränkt. Als Folge bleiben Ausgrenzung und Armut. Wir setzen uns für gleiche soziale Rechte für alle ein.

### Unsere Forderungen:

- **Dezentrale, menschenwürdige Unterbringung** von Geflüchteten im gesamten Landkreis.
- Ausbau unabhängiger **Migrations-** und **Sozialberatungsstellen**, auch außerhalb der Stadt Lüneburg.
- Sprach- und Integrationsangebote **wohnnah** und **kommunal gefördert** organisieren.
- **Politische Beteiligung** von Menschen ohne deutschen Pass stärken (z. B. Beiräte, Beteiligungsformate).
- Abschaffung der **Bezahlkarte** und selbstbestimmter Zugang zu Bargeld.
- **Sensibilisierung** von Verwaltung und Behörden gegen Rassismus und Diskriminierung.
- Einsatz bei Bund und Land Niedersachsen zur **vollständigen Kostenerstattung** der Unterbringung geflüchteter Menschen.
- Rasche und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in **Wohnungen statt in Sammelunterkünften**.
- Geflüchtetenunterkünfte in **öffentlicher Hand** behalten bzw. überführen.
- **Tarifbindung** für Mitarbeiter\*innen in Geflüchtetenunterkünften.
- Deutlicher Ausbau der **Sozialarbeit** und der **psychologischen Betreuung** in allen Unterkünften.
- **Kommunales Wahlrecht** und Mitbestimmung für dauerhaft im Landkreis Lüneburg lebende Menschen.
- Zugang zu **Sprachmittlung** für wichtige Termine sichern.
- Ausbau **mehrsprachiger Therapieangebote**.
- Bedarfsgerechte Unterbringung für **weibliche** und **queere Geflüchtete**.

## 8.2 Schutz vor sexualisierter Gewalt ist Pflicht – kein freiwilliges Extra

Häusliche und sexualisierte Gewalt sind keine privaten Probleme, sondern gesellschaftliche Realität. Schutzangebote dürfen nicht von Haushaltslagen einzelner Kommunen abhängen. Ziel ist ein niedrigschwelliges, kostenloses Schutz- und Beratungsangebot für Betroffene.

### Unsere Forderungen:

- Ausreichende und dauerhafte Finanzierung von **Frauenhäusern** und **Beratungsstellen** im Landkreis – als Pflichtaufgabe, nicht als Projektförderung.
- **Beratungsstelle zu sexueller Gewalt**, für die Beratung von Betroffenen und Aufklärung von Multiplikator\*innen.
- **Sicherstellung von Schutzplätzen** auch für Frauen mit Kindern, Behinderung, ohne gesicherten Aufenthaltsstatus oder mit Sucht- und Psychiatrieerfahrungen.
- **Flächendeckende Erreichbarkeit** von Beratungsangeboten.
- Einrichtung eines **kommunalen Notfallfonds** für Betroffene von Gewalt (z. B. für Wohnungswechsel, Rechtskosten, Mobilität, psychotherapeutische Angebote).

## 8.3 Kampf dem Patriarchat: Feministische und queere Gleichstellung stärken

Gleichstellung ist eine gesetzliche Aufgabe, wird aber kommunal oft nachrangig behandelt. Das muss sich ändern. Wir setzen uns ein, um Räume und Ressourcen zu gewährleisten, damit sich Menschen jeden Geschlechts und jeder Sexualität frei entfalten und sicher leben können. Ziel ist eine intersektional feministische Politik, die gegen (sexistische, antifeministische und queerfeindliche) patriarchale Narrative und Strukturen vorgeht.

### Unsere Forderungen:

- Queere **Beratungsstellen**, **Begegnungsräume** und **Kulturangebote** fördern.
- **Antidiskriminierungsstellen** ausbauen.
- **Frauenhäuser**, Beratungsstellen und **Präventionsprojekte** ausbauen.
- **Geschlechtergerechte Arbeitsplätze** in Verwaltung und Betrieben sichern.

- **Städte und Kommunen geschlechtergerecht** gestalten (z. B. Sicherheit, Toiletten, öffentlicher Nahverkehr).
- **Aufklärungskampagnen** und **Fortbildungen** zu Vielfalt, Queerpolitik und Antisexismus fördern.
- Schaffung **queerer Beiräte** in Stadt- und Kreisträten.
- Das Bewerben des **Verhütungsmittelfonds** legalisieren, sodass dieser Fond auch ausgeschöpft werden kann.
- Kostenlose **Perioden- und Verhütungsprodukte** in kommunalen Behörden.
- Stärkung der **Gleichstellungsbeauftragten** im Landkreis: ausreichende personelle Ausstattung, echte Mitwirkungsrechte und frühzeitige Beteiligung an politischen Entscheidungen.
- **Unterstützung** und **Vernetzung** feministischer **Initiativen** und Beratungsstrukturen im gesamten Landkreis.

## 8.4 Inklusion leben: Vollen Zugang für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderungen - egal ob sichtbar oder unsichtbar - haben häufig nicht die Möglichkeit, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Es braucht die konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative, soziale und sensorische Barrieren abbauen. Zentral ist es, die Perspektiven von Betroffenen konsequent einzubeziehen.

### Unsere Forderungen:

- **Barrierefreie Zugänge** zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr und öffentlichem Raum.
- Mehr **bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum**.
- **Vorbildfunktion** als kommunaler Arbeitgeber: Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ausbauen.
- **Übergänge aus Werkstätten** auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen.
- Inklusionsbetriebe und andere **Alternativen zu Werkstätten** gezielt fördern.
- **Inklusionsbeiräte** und politische Mitbestimmung stärken.
- Kommunale **Beratungs- und Teilhabezentren** aufbauen.
- Beratungsmöglichkeiten für **Formalia** schaffen, zum Beispiel zum Grad der Behinderung.
- Angebote in **einfacher/leichter Sprache** ausbauen.

## 8.5 Jugend nicht nur mitdenken, sondern anhören: Räume schaffen, Mitbestimmung ermöglichen

Eine gerechte und inklusive Gesellschaft braucht Orte des Zusammenhalts. Eine lebendige freie Kulturszene, der Breitensport und das Vereinsleben sind Grundlage für Identitätsbildung und soziale Innovationen. Unser Ziel ist eine solidarische Kultur- und Freizeitpolitik, die allen offensteht. Kulturelle und politische Teilhabe darf nicht an Stadtgrenzen enden. Gerade junge Menschen brauchen Räume – auch auf dem Land.

### Unsere Forderungen:

- **Mobile Kultur- und Jugendangebote** für kleinere Gemeinden.
- **Kostenfreie oder günstige Nutzung** öffentlicher Räume für Initiativen, Jugendgruppen und Ehrenamt.
- **Beteiligungsformate für Jugendliche** verbindlich ausbauen (z. B. Jugendparlamente mit Antrags- und Stimmrecht in kommunalen Gremien und eigenem Budget, Jugendforen).
- **Parteiische Vertretung für Minderjährige:** Ein\*e von der Verwaltung unabhängige\*r Partizipationsbeauftragte\*r für Anliegen von Kindern und Jugendlichen, die tatsächliche Wünsche und Forderungen erhebt.
- Regelmäßiger **Austausch** der Stadt mit Studierenden-, Azubi- und Schüler\*innenvertretungen.
- Erhalt und Ausbau von Dorfgemeinschaftshäusern, Bibliotheken, offenen Bücherschränken, Jugendtreffs und Begegnungsorten.

## 8.6 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben macht einsam. Das ist kein persönliches Versagen, sondern unmittelbare Folge von struktureller Ausgrenzung durch Armut. Unser Ziel ist ein Lüneburg, in dem alle Menschen Zugang zu uns verbindenden Freizeitaktivitäten haben.

### Unsere Forderungen:

- **Öffentliche Begegnungsorte**, solidarische Räume und **niedrigschwellige Hilfsangebote** schaffen.
- Strategien gegen **Kinder- und Jugendarmut**: Präventionsketten, Schulsozialarbeit, Freizeitangebote.
- **Koordinierungsstellen** für Armutsbekämpfung einrichten.
- Überflüssige **Bürokratie abbauen**, Zugänge zu Sozialleistungen erleichtern.
- **Solidarische Mahlzeiten** sichern: Schulfrühstück, Mittagstische, Stadtteilküchen.

## 8.7 Digitale Souveränität stärken

Digitale Infrastruktur gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch der zunehmende Einfluss großer Technologiekonzerne auf Verwaltung, Bildung, Arbeitswelt und öffentliche Kommunikation gefährdet demokratische Kontrolle, Datenschutz und gesellschaftliche Teilhabe. Ziel ist eine digitale Politik, die gemeinwohlorientiert, transparent und sozial-ökologisch ist.

### Unsere Forderungen:

- Verwaltungsleistungen **digital** und gleichzeitig **analog** verfügbar machen.
- Kostenlose Vermittlung von **digitaler Kompetenz**, besonders für Ältere.
- Abhängigkeiten von Großkonzernen reduzieren: Einsatz und Förderung von **Open-Source-Software** in Verwaltung, Schulen und kommunalen Betrieben.
- **Ethischer** und **sozial-ökologischer Einsatz** von **Künstlicher Intelligenz**: KI darf Menschen nicht diskriminieren, überwachen oder Arbeitsbedingungen verschlechtern.
- **Open-Source-Klausel**: Öffentliche Gelder für digitale Projekte nur unter der Bedingung, dass entwickelte Software und Standards frei zugänglich und nachnutzbar sind.
- **Transparenzpflicht** für den Einsatz von KI in Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen: Entscheidungen müssen nachvollziehbar und menschlich überprüfbar bleiben.
- Transparenz über den **CO<sub>2</sub>-Fußabdruck** von KI: Offenlegung des Energieverbrauchs spezifischer KI-Dienste, die in der Verwaltung genutzt werden.
- **Aufklärungskampagnen** gegen Desinformation, Fake News und digitale Manipulation.

- **Digitale Teilhabe** für alle sichern und ausbauen: barrierefreie digitale Verwaltungsangebote und kostenfreier Zugang zu öffentlichen WLAN-Angeboten, auch in allen kommunalen Einrichtungen.
- **Lokale Cloud-Lösungen** statt Auslagerung: Rechenzentren und digitale Infrastruktur klimafreundlich ausbauen, mit der Nutzung von erneuerbaren Energien, Abwärme und verbindlichen Effizienzstandards.

# 9. Nie wieder Krieg & Faschismus – Erinnerung, Widerstand, Frieden

Faschismus, Rassismus und Krieg sind keine Phänomene der Vergangenheit, sondern eine reale Bedrohung für unsere Gesellschaft. Rechte Gewalt, Antisemitismus und demokratiefeindliche Bewegungen nehmen zu. Gleichzeitig versuchen Militär und Rüstungsindustrie in Schulen, Vereinen und Kommunen präsent zu sein. Dies ist das Ergebnis einer Politik, die Militarisierung und Profit ins Zentrum rückt, statt auf kommunale Daseinsvorsorge zu setzen. Ziel ist eine klare antifaschistische Haltung mit einer aktiven Erinnerungskultur sowie dem Schutz von Betroffenen. Außerdem fordern wir eine kommunale Friedenspolitik, in der Narrative von Kriegstüchtigkeit keinen Platz haben.

## 9.1 Antifaschismus im Alltag stärken

Rechte Hetze und Gewalt gefährden das friedliche Zusammenleben. Antifaschismus muss im Alltag präsent sein und Betroffene schützen. Ziel ist es, die Demokratie zu stärken und kommunale Räume frei von rechter Gewalt zu halten.

### Unsere Forderungen:

- Keine **kommunalen Räumlichkeiten** an rassistische, antisemitische oder sexistische Parteien und Gruppierungen.
- **Verbindliche Absprache** zwischen allen demokratischen Parteien: Keine Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen und rechtsextremen Mandatsträger\*innen.
- Aufbau kommunaler **Beratungs-** und **Unterstützungsstellen** für Betroffene rechter Gewalt.
- Einrichtung eines **Aussteiger\*innenprogramms** für Menschen aus der rechtsextremen Szene.
- **Aufklärung** und **Sensibilisierung** in Schulen, Vereinen und Betrieben, vor allem in Ballungsgebieten rechter Siedlungspraxis.
- Kommunale **Förderprogramme** für Initiativen gegen Rechts, besonders kultureller und jugendpolitischer Art.
- Beschluss kommunaler **Aktionspläne** gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt.
- Demokratiebildung und antifaschistische Arbeit **langfristig absichern** – nicht projektweise.

## 9.2 Erinnerungskultur ausbauen

Geschichte darf sich nicht wiederholen. Erinnern heißt, Verantwortung zu übernehmen. Unser Ziel ist eine lebendige Erinnerungskultur, die die Vergangenheit bewahrt, die Gegenwart achtet und für die Zukunft mahnt.

### Unsere Forderungen:

- Kriegsdenkmale in **Mahnmale für den Frieden** umgestalten oder kritisch einordnen durch Texttafeln und künstlerische Installationen.
- Bestehende Gedenkorte gegen Krieg, Faschismus und Kolonialismus sichern und **weitere Erinnerungsorte** schaffen.
- **Umbenennung von Straßen und Plätzen** mit Namen von Nazigrößen, Militaristen und Kolonialisten in die Namen von Antifaschist\*innen und Kämpfer\*innen für Frieden und Demokratie.

- **Zeitzeug\*innenprojekte, Stolperstein-Initiativen und lokale Archive** fördern.
- Schulen, Universität und Vereine erweitert von städtischer Seite **in Gedenkarbeit einbinden**, wie es mit Geschichtswerkstätten, Gedenkstätten und der VVN/BdA bereits passiert.
- **Kommunale Gedenktage** und Veranstaltungen etablieren, beispielsweise zum 27. Januar oder 8. Mai.
- Die **weitere Erforschung** der Vorgänge im Kreis Lüneburg, besonders in der Zeit des Nationalsozialismus. Zudem die Unterstützung bei der Publikation und Ausstellung der Ergebnisse.

### 9.3 Kommunale Friedenspolitik fördern

Kein Werben fürs Sterben: Kommunen dürfen keine Bühne für Militarisierung und Rüstungsinteressen sein. Ziel ist eine Friedenspolitik, die zivile Konfliktlösungen unterstützt und Kriegsvorbereitung klar entgegentritt.

#### Unsere Forderungen:

- **Initiativen** für Solidarität mit Kriegsopfern und den Stopp aller Waffenexporte zu **unterstützen**. Zugleich die Unterstützung von Positionen gegen Aufrüstung und Wehrpflicht, namentlich vor allem der Initiative "Rheinmetall Entwaffnen!", "Abrüsten statt Aufrüsten" und die Schüler\*innenstreiks gegen die Wehrpflicht.
- **Bundeswehr** und **NATO raus aus** Schulen, öffentlichen Einrichtungen, Plätzen, Werbeflächen oder aus kommunalen Räumlichkeiten.
- Ausschluss von Kooperationen mit Rüstungsunternehmen.
- **Unterstützung für Kriegsdienstverweiger\*innen**: Ausbau kommunaler Beratungsangebote für Menschen, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnen.
- Förderungen von und Zusammenarbeit mit **Friedensinitiativen** und **Völkerverständigungsprojekten**, beispielsweise in Form von Städtepartnerschaften, Friedensfesten, Schulprojekten und kommunalen Projekten für Gewaltfreiheit.
- Eine **Zivilklausel** für die Leuphana Universität - für Friedens- statt Rüstungsforschung.
- **Keine Zweckentfremdung ziviler Produktionsstätten** für militärische Zwecke.
- **Keine Militarisierung der kommunalen Daseinsvorsorge**, z.B. Nutzung von Krankenhäusern für militärische Zwecke.

- Eine **Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften**, wie der Theodor-Körner-Kaserne, für zivile Zwecke und alternative Arbeitsplätze.
- Die **Umwandlung von Militärübungsgeländen**, wie bei Wendisch-Evern, in Naturschutzgebiete.
- **Keine kommunalen Liegenschaften für die Bundeswehr**, sowie keine weitere Ausweisung in Bebauungsplänen.

## 9.4 Betroffene rechter Gewalt schützen

Rechte Gewalt trifft Menschen konkret vor Ort. Oft fehlt es an Schutz und Solidarität. Ziel ist eine kommunale Politik, die Betroffene ernst nimmt und aktiv unterstützt.

### Unsere Forderungen:

- Kostenlose Beratungs- und Hilfsangebote **kommunal finanzieren**.
- **Schutzräume** und **Notfallfonds** für Betroffene rassistischer, diskriminierender und faschistischer Gewalt einrichten.
- Vernetzung mit **Opferschutzverbänden** stärken.
- Öffentliches **Eintreten** von Bürgermeister\*innen und Räten **für Betroffene** sicherstellen.
- Schutz der **Versammlungsfreiheit** für antifaschistische und antimilitaristische Anliegen.

## **Lust bekommen, dich zu engagieren?**

Komm am besten zum Aktiventreffen: jede Woche Montag,  
18-20 Uhr

oder schreib uns eine Mail zu weiteren Terminen:  
vorstand@dielinke-lueneburg.de

## **Kontakt**

Die Linke Lüneburg  
Reichenbachstraße 2  
21335 Lüneburg

Bürozeiten des Vorstands:  
2. & 4. Dienstag des Monats, 17-19 Uhr

Social Media: dielinke.lueneburg

## **Wahlprogramm in...**

- **Digital**
- **Englisch**
- **Einfacher Sprache**
- **Kurz**



[www.dielinke-lueneburg.de](http://www.dielinke-lueneburg.de)

**Impressum:** V.i.S.d.P. Lisa Mahnke, c/o Kreisverband Die Linke  
Lüneburg, Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg